

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXII/87

Bad Godesberg, den 10. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Spaltpilz rechtsaußen

44

Zum Auseinanderbrechen der NPD

2

Vorausschau zunächst bis 1970

34

Institut Finanzen und Steuern:
Hessens Finanzpolitik ist konjunkturgerecht

3 - 4

Die Menschen brauchen gute Luft

108

Von Werner Figgen,
Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen

5 - 6

Atomsperrvertrag

67

Verhandlungen in der Endrunde?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

Spaltpilz rechtsaußen

Zum Auseinanderbrechen der NPD

sp - Der frühere Bundesvorsitzende der Nationaldemokraten, Friedrich Thielen, hat der Partei den Rücken gekehrt und eine neue Partei gegründet. Die Neugründung heißt "Nationale Volkspartei" (NVP). Schon die Anlehnung an den Namen der alten Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) der Weimarer Zeit macht deutlich, auf welche Art von Anhang Thielen es mit dieser Neugründung abgesehen hat. Der Bremer Politiker möchte diejenigen, die sich als "rechtskonservativ" verstehen, aus dem Lager der NPD ausscheiden und in seiner Neugründung neu zusammenfassen.

Damit ist nur vollzogen worden, was schon lange vorauszusagen war. Die relativ junge Neugruppierung am äußersten rechten Flügel der Parteienskala, die bisher von der NPD repräsentiert wurde, ist in die zweite Phase ihrer inneren Entwicklung eingetreten. Bestand die erste Phase darin, daß ihre Parteiführung nach einigen nicht unbeachtlichen wahlpolitischen Anfangserfolgen in zwei rivalisierende Gruppen zerfiel, so steht die zweite Phase nunmehr im Zeichen der formalen und faktischen Spaltung. Damit bestätigt sich einmal mehr eine alte Erfahrung: Keine politische Gruppierung in Deutschland der Nachkriegszeit ist so anfällig gegen den Spaltpilz wie die Rechts-extremen, so sehr sie auch immer im Gewand "nationaler Konzentration" aufzutreten beliebten.

Friedrich Thielen hofft, binnen weniger Wochen 6 000 der ungefähr 25 000 bisherigen NPD-Mitglieder zu seiner neuen Partei herüberzuziehen können. Tatsächlich scheinen in einigen Regionen der Bundesrepublik - etwa in Nordrhein-Westfalen - ganze NPD-Kreisverbände zum Übertritt bereit zu sein. Thielen begründet seine Hoffnung mit dem Unbehagen, das die mehr rechtskonservativ eingestellten NPD-Anhänger gegenüber dem radikal-nationalistischen Kurs der von Thadden und Hess erfülle. Offen gestanden, halten wir beide Gruppen - sowohl diejenige der früheren DRP-Leute, als auch diejenige Thielen's - für absolut überflüssig, da anachronistisch. Doch läßt sich nicht leugnen, daß gerade dieser Spaltungsvorgang den Anachronismus der Ewig-Gestrigen in der deutschen Politik deutlicher macht, als er für manche Leute bisher gewesen ist. Dieses "Verdienen" kann man den beiden rivalisierenden Gruppen, die nun bald wohl auch bei Wahlen miteinander in Konkurrenz liegen werden, nicht absprechen.

Gerade dieser Tage - rund um den 8. Mai, den Kapitulationstag - hat eine auf Hochtouren laufende kommunistische Propaganda in hektischer Tonart ein angebliches Wiedererstarken des Nationalismus in der Bundesrepublik gegen uns auszuspielen versucht. Der Spaltungsprozeß zeigt überdeutlich, wie diese Propaganda zu bewerten verdient. Die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik haben deshalb freilich keinen Grund, zum Schlummerkissen zu greifen. Nach wie vor gilt die Faustregel, daß die Stärke oder Schwäche des Radikalismus, welcher Färbung auch immer, in erster Linie mit der Stärke oder Schwäche der Demokratie zu tun hat.

Vorausschau zunächst bis 1971Institut Finanzen und Steuern:
Hessens Finanzpolitik ist konjunkturgerecht

sp - Hessens Finanzpolitik ist konjunkturgerecht. Zu diesem bemerkenswerten Ergebnis ist das Bonner Institut "Steuern und Finanzen" gekommen, das im Auftrag der hessischen Industrie- und Handelskammer eine eingehende Analyse des Haushaltsgebarens des Landes Hessen vorgenommen und festgestellt hat, daß sich die Steigerungen im Rahmen der prozentualen Zunahme des Bruttosozialprodukts halten. Wörtlich heißt es in diesem neutralen Gutachten: "Es erhellt, daß der Steigerungssatz des Haushaltsvolumens im Lande Hessen für 1966 hinter dem geschätzten Steigerungsprozentsatz des Bruttosozialprodukts zurückbleibt."

Wie sich aus der Finanzstatistik ergibt, lag in Hessen das Ist des Gesamthaushaltes, also des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes, von 1965 mit rund 4,6 Milliarden DM um 4,8 Prozent über dem Ist des Gesamthaushaltes von 1964. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts, an dem sich der Staat bei seinen Ausgaben orientieren soll, um sich konjunkturgerecht zu verhalten, betrug in Hessen 1965 gegenüber 1964 jedoch zehn Prozent. Das bedeutet, daß das Bruttosozialprodukt doppelt so stark angestiegen war wie das Haushaltsvolumen.

Um den konjunkturellen Bedürfnissen noch besser Rechnung tragen zu können, ist in Hessen eine sogenannte "gleitende Planung" vorgesehen, die die Mängel der herkömmlichen einjährigen Haushaltsplanung ausgleichen soll. Eine solche vorausschauende Finanzplanung wird eine orientierende Rangordnung der Aufgaben ermöglichen. Die für diese moderne Art der Planung erforderlichen Rahmendaten werden nach der Ankündigung vom Ministerpräsidenten Dr. Georg August Zinn sowohl mit den Schätzungen der Bundesregierung als auch mit dem Ergebnis der Untersuchungen der Wissenschaft abgestimmt werden.

Die vorausschauende Finanzplanung des Landes Hessen wird sich zunächst bis zum Jahre 1971 erstrecken. Sie wird von den bestehenden Verpflichtungen ausgehen und mit einem besonderen Personalbedarfsplan verbunden sein, in dem auf die Entwicklung der Personalausgaben eingegangen werden soll. Genau wie der Große Hessenplan soll auch dieser Plan regelmäßig überprüft und ergänzt werden, so daß er unter steter Berücksichtigung der gesellschaftspolitischen Notwendigkeiten jeweils auf ein weiteres Jahr ausgedehnt werden kann.

Die Menschen brauchen gute Luft

Von Arbeits- und Sozialminister Werner Figgen, Nordrhein-Westfalen

Das Entschwefelungsproblem ist eine derjenigen großen Fragen der Luftreinhaltung, die sich heute nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Industrieländer Europas und Amerikas stellt. Bei fast allen Verbrennungsvorgängen im Rahmen industrieller Betätigung wird Schwefel freigesetzt. Der gegenwärtige Stand der Schwefeldioxydbelastung bereitet allen, die für die Luftreinhaltung in den Industriegebieten verantwortlich sind, zunehmend Sorge. Wir wissen um die Gefahren der Schwefelverbindungen für die menschliche Gesundheit und für den tierischen und pflanzlichen Organismus.

Das ist auch der Grund, warum das Land Nordrhein-Westfalen und mit ihm andere öffentliche Stellen den Bau und die Erprobung von Versuchsanlagen zur Rauchgasentschwefelung finanziell nachhaltig fördern. Ohne Mitwirkung der Ingenieure und der Industriebetriebe die ihre Einrichtungen für solche Versuche zur Verfügung stellen, könnte allerdings der Initiative der Regierungen zur Förderung der technischen Entwicklung kein Erfolg beschieden sein. Mehr als auf anderen Gebieten sind wir hier auf die Zusammenarbeit angewiesen.

Das Luftreinhaltungsprogramm des Landes bezieht sich allerdings nicht allein auf Schwefelmissionen und Rauchgasentschwefelungsverfahren. Andere Luftverunreinigungen, namentlich staubförmiger Art, belasten und belästigen die Bevölkerung in unseren industriellen Ballungsgebieten mindestens in gleichem Maße. Neben der Luftverschmutzung sind es auch andere Nebenwirkungen unserer technischen Vervollkommnung und zivilisatorischen Entwicklung, die uns bei der Sorge für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu schaffen machen; ich denke an die nervliche Belästigung des Menschen durch Industrie- und Verkehrslärm und auch an die Verschmutzung des Wassers.

Große Teile des Landes Nordrhein-Westfalen zeigen eine außergewöhnliche Zusammenballung von Industrie, Verkehrsflächen und Wohngebieten; denn hier sind 80 Prozent der Eisen- und Stahlindustrie, 50 Prozent der Großkraftwerke, 50 Prozent der chemischen Grundstoffindustrie und mehr als 40 Prozent der Ölraffinerien - bezogen auf die Bundesrepublik - stationiert und zudem noch rund 3,5 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen. Als Folge dieser Tatsachen gehören die Ballungsgebiete Nordrhein-Westfalens zu den Teilen Deutschlands und Europas, die durch Luftverschmutzung und ähnliche Einwirkungen besonders belastet sind.

Es muß hier festgestellt werden, daß das in Übereinstimmung mit der Bundesregierung aufgestellte Luftreinigungsprogramm des Landes getragen von der Verantwortung und der Zustimmung aller politischen Kräfte, Erfolge gebracht hat: Verglichen mit der Zunahme der Industriebetriebe, der Wohnsiedlungen und der Zahl der Kraftfahrzeuge - also der sogenannten Emissionsquellen - ist z.B. die Luftverschmutzung in einigen Landesteilen nur unerheblich angestiegen, in anderen Landesteilen sogar gesunken. Es ist das unbestreitbare Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen von Gesetzgeber, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung, daß heute - in großem Unterschied zur Zeit vor dem Kriege - bei der Planung und Konstruktion neuer Industrieanlagen, Wohnsiedlungen und Verkehrswege die technischen Erkenntnisse und Erfahrungen zur Schutz der Bevölkerung vor nachteiligen Auswirkungen berücksichtigt werden. Insbesondere ist es erfreulich zu sehen, in welchem Maße sich die Fach-

leute aus Wissenschaft und Technik in den Dienst dieser zivilisatorischen Aufgabe gestellt haben.

Das Luftreinhalteprogramm - für die Maßnahmen zur Lärmbekämpfung gelten diese Ausführungen mit mehreren sachbedingten Abweichungen entsprechend - hat allerdings, auch das sei hier festgesetzt, bisher nur Teilerfolge erzielt. Darüber sollten uns auch die beachtlichen Zahlen aus den Statistiken unserer Behörden und der Wirtschaft nicht hinwegtäuschen. Eine Fahrt durch das Revier macht deutlich, daß noch Erhebliches zu tun ist. Das gilt vor allem für die Verbesserung und Überwachung vorhandener Anlagen.

Branchenbezogene Verbesserungsprogramme für die Stahlgewinnung, Metallverarbeitung, Energieerzeugung, für Kokereien, für die keramische Industrie u.a. stehen ebenso erst am Anfang wie die Kontrolle und Verbesserung der privaten Emissionsquellen - Heizungsanlagen! - deren Bedeutung für die Luftverschmutzung nicht übersehen werden darf. Schließlich ist zu hoffen, daß die Bundesregierung bei ihren Bemühungen um definitive Maßnahmen zur Verminderung der schädlichen Abgase bei Kraftfahrzeugen bald zu einem positiven Ergebnis kommt. Die entsprechenden Arbeiten in den USA zeigen, was auf diesem Gebiet erreicht werden kann.

Ich habe die Absicht - und möchte dies zur Klarstellung zahlreicher Anfragen aus den letzten Wochen hier ausdrücklich hervorheben -, das Immissionsschutzprogramm fortzuführen. Ich verkenne hierbei nicht, daß dieses Programm Belastungen für die Wirtschaft und - wenn wir an die privaten Heizungen und an die Kraftfahrzeuge denken - für jeden Bürger zur Folge hat. Die von den Industrie- und Handelskammern ermittelten Investitionen in Höhe von fast 250 Millionen DM im Durchschnitt der letzten Jahre zeigen den Umfang dieses Problem.

Diese Investitionen sind zum großen Teil nicht rentabel, müssen also von den Betrieben im Rahmen ihrer Produktivität erwirtschaftet werden. Die gegenwärtige Auftragslage in einigen Bereichen unserer Wirtschaft vergrößert zweifellos diese Schwierigkeiten, zumal aus öffentlichen Haushalten nur in Härtefällen und nur in vergleichsweise bescheidenem Umfang geholfen werden kann. Wir sollten aber nicht in den Fehler verfallen, bei der Sorge um die Erhaltung und den Ausbau unserer Wirtschaftskapazität die Vorsorge für den Schutz des Menschen und unserer Landschaft zu vernachlässigen.

Die Anziehungskraft der Ballungsgebiete des Landes, namentlich des Ruhrgebiets, wird in Zukunft - das zeigen die Erfahrungen z.B. aus den USA ganz deutlich - nicht nur von dem Ausbau der Produktionskapazitäten, sondern auch von befriedigenden Wohn- und Erholungsmöglichkeiten abhängen. Auf längere Sicht gesehen ist eine Abkehr von Arbeitskräften ebenso gefährlich für das Revier wie eine Abwanderung von Wirtschaftsunternehmen. So gesehen ist Luftreinhaltung oder Immissionsschutz auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft.

Diese Überlegungen sind ausschlaggebend dafür, daß ich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation nicht zum Anlaß genommen habe, generell einen Stopp des Immissionsschutzprogramms von Verbesserungsfristen zu verfügen. Eine Änderung der in Aussicht genommenen Fristen käme vielmehr nur dann in Betracht, wenn sich dies - in Teilbereichen - nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften wegen zwingender wirtschaftlicher oder technischer Schwierigkeiten als nötig erweisen sollte. Ich bin überzeugt, daß sich für diese Auffassung, die den Menschen in den Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stellt, Verständnis finden werde und hoffe, daß wir durch gegenseitige Rücksichtnahme und durch Zusammenarbeit - wie überall im Leben - zu vernünftigen und fortschrittlichen Lösungen kommen.

Atomsperrvertrag

Verhandlungen in der Endrunde ?

Von Pierre Simonitsch, Genf

Optimistische und pessimistische Kommentare über den Ausgang der Atomsperrvertragsverhandlungen wechseln sich ab. Oft stecken dahinter gewisse Interessen. Tatsache ist, daß nun in Genf die Endrunde eingeleitet wurde. Die ursprünglich für den 9. Mai festgelegte Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz wurde um neun Tage verschoben, weil die Diskussionen in der NATO länger als veranschlagt brauchten und sich nun die Sowjets ihrerseits Zeit zur Prüfung der neuen amerikanischen Vorschläge ausgebeten haben. US-Botschafter Foster und sein sowjetischer Kollege Roschtschin verhandeln seit Ende April bilateral.

Der nach hartem Ringen zwischen den USA und einigen EWG-Staaten zustandegekommene Entwurf, wie die Respektierung des Atomsperrvertrags gewährleistet werden soll, hat nun im wesentlichen folgendes Aussehen: Der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) wird grundsätzlich die Kontrolle über die atomare Tätigkeit aller Vertragsstaaten ohne Atomwaffenbesitz übertragen. Daneben darf EURATOM ihr eigenes Kontrollsystem beibehalten, das aber von der IAEA überwacht werden soll. Die EURATOM-Kommission wird aufgefordert, innert drei Jahren mit der IAEA ein solches Arrangement auszuhandeln.

Was geschehen soll, falls es nach drei Jahren zu keiner Übereinstimmung zwischen den beiden Körperschaften kommt, läßt der Entwurf offen. Die EWG hatte den ursprünglichen Kompromißvorschlag abgelehnt, daß nach Ablauf dieser Frist die Kontrolle automatisch an die IAEA übergeben sollte, wenn keine Einigung zustandekommt. Die Wiener Atombehörde, der auch die Ostblockstaaten angehören, wäre durch eine solche "Guillotineklausel" bei den Verhandlungen am längeren Hebelarm gesessen. Auch die neue Fassung des Kontrollartikels, die noch der sowjetischen Zustimmung bedarf, hält einen moralischen Druck auf die EWG-Staaten aufrecht. Man hofft aber, daß die unausgesprochene Drohung niemals konkretisiert werden muß und das Problem einer Zusammenarbeit EURATOM-IAEA sich in den kommenden Jahren von selbst löst.

Diese Hoffnung erhält durch die Ansicht mehrerer EWG-Regierungen

Auftrieb, es bestehe kein Zusammenhang zwischen den Kontrollbestimmungen von EURATOM und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, also müsse im Rahmen des Atomsperrvertrages eine neue Lösung gefunden werden. Laut EURATOM-Vertrag soll über die Verwendung der Kernbrennstoffe einzig aus praktischen Gründen Buch geführt werden, und keineswegs, um die einzelnen Mitgliedstaaten an der eventuellen Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. So konnte Frankreich ungehemmt seinen Wege gehen. Einen Ausnahmefall bildet in diesem Zusammenhang die Bundesrepublik, weil sich eine Vertragsklausel indirekt auf die Pariser Verträge von 1954 bezieht, in denen sich Bonn unilateral zu einem Verzicht auf Atomwaffenproduktion verpflichtete.

Neben der strittigen Kontrollfrage sind einige weitere wichtige Punkte, darunter die Revisionsklausel, noch nicht vollständig gelöst. Amerikaner und Russen hoffen jedoch, zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz am 18. Mai einen kompletten Vertragsentwurf auf den Tisch legen zu können. Die beiden Großmächte richten ihre Bemühungen jetzt verstärkt einer Abstimmung mit den potentiellen Atomstaaten, wie Indien und Japan, zu. Der amerikanische Chefdelegierte Foster machte vergangenes Wochenende einen "Abstecher" nach Tokio, wo er mit Außenminister Miki konferierte. Der schwerste Brocken ist aber Indien.

Ende April hielt sich der indische Außenminister Chagla fünf Tage in Genf auf. Er verhandelte mit dem amerikanischen Delegationschef und mit den Vertretern einer Reihe von Nichtatomstaaten, darunter mit der Bundesrepublik. In einem Gespräch mit Journalisten erklärte Chagla, sein Gespräch mit Foster habe sich auf eine Gegenüberstellung der Ansichten beschränkt, während er bei den Nichtatomstaaten weitgehende Übereinstimmung feststellte. Als einziges Land wagt es Indien, Maximalwünsche auszusprechen.

Eine dieser Forderungen ist eine "aktive Garantie" der Großmächte im Fall einer nuklearen Bedrohung durch China. Weder die USA noch die Sowjetunion fühlen sich aber in der Lage, dieses hauptsächlich aus innenpolitischen Motiven gestellte Verlangen der Regierung in New Delhi durch einen Vertrag zu sanktionieren. Man prüft jetzt die Idee, eine Beistandsgarantie für den Fall nuklearer Bedrohung außerhalb des Atomsperrvertrages in Form einer Resolution zur nächsten UNO-Generalversammlung anzubieten.